

## Führung von unten.

**Warum mehr direkte Demokratie ein Gebot  
der Stunde für Deutschland ist.**

Vortrag von Roger Köppel  
Verleger und Chefredakteur „Die Weltwoche“  
Weltwoche Verlags AG, Zürich

anlässlich unserer 12. Jahresveranstaltung  
am 15. November 2010  
im Neuen Schloss in Stuttgart



## Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Ich möchte mich zunächst sehr herzlich für die freundliche Einladung bedanken. Mich verbinden mit Stuttgart sehr schöne Erinnerungen an meine Studienzeit. Ich war ein Semester lang am philosophischen Seminar und habe mich bei Professor Günter Bien vor allem mit dem Stuttgarter „Star“-Philosophen Georg Wilhelm Friedrich Hegel beschäftigt. Ein Hegel-Satz hat sich mir damals unter anderen besonders eingeprägt:

„Wer etwas Großes will, der muss sich zu beschränken wissen. Wer dagegen alles will, der will in der Tat nichts und bringt es zu nichts.“

Der sonst nicht immer so eingängige Denker hat hier eine tiefe Einsicht der Führungslehre formuliert: Man muss sich auf etwas konzentrieren, um Erfolg zu haben. Konzentration der Kräfte ist ein wesentlicher Führungsgrundsatz.

Ich erlaube mir also, meine Ausführungen unter dieses Motto zu stellen und mich auf nur eine **These** zu konzentrieren, nämlich: **„Warum mehr direkte Demokratie für Deutschland ein Gebot der Stunde ist.“**

Aber keine Angst! Ich will Ihnen keine folkloristischen Eigenheiten der Schweizer Politik aufnötigen. Ich habe keine neokolonialistischen Anwendungen, und Deutschland – bewahre! – soll auch nicht am Schweizerischen Wesen genesen. Es spricht zu Ihnen ein Schweizer, der deutsche Großeltern aus Königsberg hatte, von Deutschland fasziniert ist, und auch als Chefredakteur einer großen deutschen Tageszeitung die Ehre hatte, ein paar Jahre in Berlin zu arbeiten.

Ich wurde sogar in Deutschland für das Thema „Demokratie“, „direkte Demokratie“ und „demokratische Defizite“ ganz besonders sensibilisiert. Zwei Anekdoten haben sich mir eingeprägt. Sie machten mir deutlich, wo die Unterschiede liegen zwischen einem Land **mit** und einem Land **ohne** direkte Demokratie.

Sie erinnern sich vielleicht noch an den Bundestagswahlkampf von 2005. Die CDU stieg ein mit der Forderung: Wenn wir gewählt werden, erhöhen wir die Mehrwertsteuer um zwei Prozent. Die SPD konterte und sagte: Wenn wir gewählt werden, dann gibt es **keine** Mehrwertsteuererhöhung. Also null Prozent.

Sie wissen, was dann passierte. Nach einem aufreibenden Wahlkampf wurden beide Parteien gewählt im Rahmen einer großen Koalition. Es ergaben sich sechswöchige Koalitionsverhandlungen, und es kam heraus, wie es immer herauskommt, wenn Politiker unter sich bleiben: Es wird teurer für die Bürger. Die neue Koalition, die null beziehungsweise zwei Prozent Steuererhöhung versprochen hatte, einigte sich auf einen Kompromiss – von drei Prozent! Dann, ei-

nige Monate später, hatte ich die Gelegenheit, im Rahmen eines Abendessens der Kanzlerin zuzuhören, wie sie ihre Gesundheitsreform erklärte.

Es war alles *off the record*. Ich bitte Sie daher, das Folgende streng vertraulich zu behandeln.

Frau Merkel berichtete also etwa eine halbe Stunde lang von ihrer geplanten Reform, und obschon ich mir nicht sonderlich viel auf mein Studium einbilde, fand ich es doch seltsam, dass ich kein Wort verstand von dem, was sie so ausführlich und dozierend darlegte. Leicht verschämt wandte ich mich in der Pause an meinen Sitznachbar, ein hochrangiges Mitglied des Kabinettsstabs, und erklärte ihm: Lieber Herr Soundso, ich habe leider überhaupt nichts verstanden. Der hohe Stabsmitarbeiter klopfte mir lachend auf die Schultern und sagte: Machen Sie sich keine Sorgen, Herr Köppel, ich habe auch nichts verstanden, aber wir haben Experten, die wissen ganz genau, worum es geht.

Für einen Schweizer waren das zwei erschütternde Lebenserfahrungen!

Erstens: In Deutschland können sich Politiker leichtfertig von ihren Wahlversprechen lösen und auf Kosten der Bürger beliebig die Preise, also die Steuern erhöhen. Sie sind machtlos und müssen es für die nächsten vier Jahre hinnehmen.

Zweitens: In Deutschland können Politiker ungehindert ins Fachchinesisch abschweifen, um die Bürger zu verwirren und am Widerspruch zu hindern. Das ist gravierend. Wenn Politiker unverständlich daherreden, können die Bürger sie nicht mehr kontrollieren und begeben sich unter den Einfluss der Experten. Das ist gefährlich. In einer direkten Demokratie wäre dies undenkbar: Da müssen sich Politiker wie Unternehmer, die ein Produkt verkaufen wollen, ständig gegenüber ihren Kunden, den Bürgern, erklären und rechtfertigen. Wer sich zur Machtmehrung in ein Kauderwelsch flüchtet, wird nach Hause geschickt mit dem Auftrag, erst dann wieder zurückzukommen, wenn er sich so ausdrücken kann, dass ihn die Leute verstehen. **Direkte Demokratie ist ein disziplinierendes Instrument – ein Damoklesschwert – das über der politischen Elite schwebt.** Die direkte Demokratie zwingt die Politiker, sich an die eigenen Wahlversprechen zu halten und eine Politik zu machen, die von den Bürgern verstanden und beurteilt werden kann.

Damals war ich wohl einer der einzigen, dem solche Nuancen auffielen. Heute, würde ich vermuten, gibt es immer mehr Leute in Deutschland, welche die in meinen Beispielen sichtbar werdende Kluft zwischen oben und unten, zwischen Volksvertretern und Volk, zwischen Elite und dem Souverän als irritierend und als problematisch empfinden. Mehr noch: Ich stelle fest, dass es immer mehr Leute in Deutsch-

land gibt, die über mehr direkte Demokratie nachdenken. Direkte Demokratie heißt: Mehr Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungen auch außerhalb der Parlamentswahlen. Es heißt auch: Mehr Dezentralisierung, mehr überschaubare Einheiten, eine klarere „Corporate Governance“ und damit eine stärkere Betonung der Eigenverantwortung auf allen Stufen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens. Es ist für mich kein Zufall, dass diese Debatte ausgerechnet jetzt geführt wird. Sie ergibt sich für mich zwingend aus den Erfahrungen, die wir in den letzten Jahren in Wirtschaft und Politik gemacht haben.

**I. Sprechen wir, bevor wir auf die Politik kommen, zuerst von der Wirtschaft.**

Was ist die wesentliche Lehre aus der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise, die auch eine Schuldenkrise der öffentlichen Haushalte ist? **Wir haben meines Erachtens den Schiffbruch überkomplexer, übergroßer und damit größenwahnsinniger Strukturen erlebt.** Wir haben gesehen, dass Firmen an ihrer inneren Komplexität gescheitert sind und ihre eigenen Risiken weder sahen noch bewerten konnten. Ich konnte das am Fall der beiden Schweizer Großbanken hautnah mitverfolgen. Wir haben erlebt, wie zum Beispiel der amerikanische Staat den unsinnigen, eben größenwahnsinnigen Plan verfolgte, alle Amerikaner in die glückliche Lage zu versetzen, sich ein Häuschen leisten zu können – auch solche Amerikaner, die sich niemals ein Häuschen leisten konnten und denen keine Bank jemals einen Kredit hätte geben dürfen.

**Die Finanzkrise war für mich keine Krise des Kapitalismus, sondern an ihrer Wurzel standen falsche politische Anreize, falsche Garantieverprechen des US-Staates im Immobilienmarkt plus eine zusehends verantwortungslose Tiefzinspolitik der Notenbank, die unzählige Anleger und unzählige Banken in trügerischer Sicherheit wiegte, so dass sie sich immer heil- und rettungsloser verschuldeten.**

Natürlich gab es unfähige und leichtsinnige Manager. Das will ich gar nicht wegdreden. Selbstverständlich wurde im US-Immobilienmarkt getrickst und geschummelt, und natürlich sind da ein paar unfehlbare glamouröse Superheldenmanager aufs Brutalste entzaubert worden. Aber am anderen Ende der Nahrungskette gab es auch den verantwortungslosen Kunden, der den Schlangenölvverkäufern traute und sich gutgläubig bis über beide Ohren verschuldete. Und schließlich: Man muss die entscheidende Rolle staatlichen Handelns sehen, wenn man sich die Ursprünge der Krise vergegenwärtigt.

Übergröße, besinnungsloses Wachstum, staatliche Garantien aus Luft, eine fremdfinanzierte Selbstüberschätzung auf allen Stufen des Wertschöpfungspro-

zesses: Das sind die menschlichen, allzumenschlichen Ursachen dieser Finanzkrise. Es gab keinen Systemkollaps des Kapitalismus, wie man da und dort hören konnte. **Es waren uralte Triebe und Irrtümer, die den großen Crash herbeiführten.**

Und noch etwas wurde uns allen schmerzhaft deutlich: Die Banken überforderten sich nicht nur selbst durch die Größe ihrer aufgeblähten Bilanzen und Geschäftsmodelle. Einzelne der taumelnden Banken waren zu derartigen Finanz-Leviathanen angeschwollen, dass man für sie sogar die Gesetze der Marktwirtschaft außer Kraft setzen musste, um zu verhindern, dass ganze Volkswirtschaften in den Abgrund gerissen würden.

Der britische Star-Historiker Neill Ferguson gab überrascht zu Protokoll, dass ihm erst dank der Finanzkrise bewusst wurde, dass am obersten Ende der Finanzindustrie der Kapitalismus, wo er eigentlich am entfesseltsten wüten sollte, gar nicht mehr vorhanden war. Sie ahnen, worauf ich hinaus will. In der Marktwirtschaft ist es so: Wenn ein Unternehmer gut arbeitet, werden er und seine Firma reich. Wenn er es schlecht macht, dann verarmt er, und die Firma geht unter. Das sind die beiden Säulen der Marktwirtschaft: **Risiko und Haftung, Gewinnchancen und die permanente Angst vor dem Untergang.** Dieser Mechanismus gilt für alle normalen Firmen, die im privaten Sektor tätig sind; aber in der Finanzkrise stellte sich heraus, dass genau dieser Mechanismus, der Zusammenhang zwischen Risiko und Haftung, für Banken einer bestimmten Größenordnung nicht mehr galt. Diese Banken erwiesen sich als „*too big to fail*“. Sie waren so groß, dass man sie selbst im Fall eines zerstörerischen Misserfolgs und Missmanagements nicht untergehen lassen **durfte**. Hätte man sie den Weg aller sterblichen Firmen gehen lassen, dann hätte man ganze Volkswirtschaften gefährdet. Das war in Deutschland so, ganz markant aber war es in Island der Fall, aber auch in der Schweiz, wo die Bilanzsumme der beiden Großbanken unser Brutto-sozialprodukt um ein Mehrfaches übersteigt.

Vor diesem Hintergrund war es meines Erachtens richtig, wenn auch ordnungspolitisch fragwürdig, die angeschlagenen Banken vor dem Untergang zu retten. Und es ist erfreulich, dass jetzt ein Umdenken stattfindet. Wir haben gemerkt, wie gefährlich es ist, wenn einzelne Banken so groß werden können, dass sie ein Klumpenrisiko für die Volkswirtschaft ihrer Heimatländer darstellen können. Es ist nun die Aufgabe des Gesetzgebers, des Staates, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass in der Hochfinanz der Kapitalismus wieder spielt: Banken oder Teile davon müssen bankrott gehen können, ohne dass ganze Volkswirtschaften in den Abgrund gerissen werden. Die Banken müssen dezentraler und überschaubarer, feingliedriger organisiert werden. „*Small is beautiful*“ heißt hier das Gebot der Stunde. Der Staat sollte sich hier stark zeigen gegenüber der Finanzwirt-

schaft, um die anstrengenden Gesetze der Marktwirtschaft wieder durchzusetzen.

Aber noch etwas anderes wurde deutlich, und es hängt eng damit zusammen. Die Finanzkrise hat gezeigt, dass die eigentlichen Eigentümer der Banken, die Aktionäre, im Grunde gar nichts mehr zu sagen haben. Sie mussten mit ansehen, wie ihre Angestellten Abermillionen verdienten, während die Aktienkurse und damit ihre Vermögen ins Nichts fielen. Es fand geradezu eine Enteignung der Eigentümer durch ihre Angestellten statt; das ist ein unhaltbarer Zustand. **In der Marktwirtschaft gilt: Wer zahlt, befehlt.** Auch diesem Grundsatz wurde in den letzten Jahren nicht mehr richtig nachgelebt. Viele Fachleute aus dem liberalen Lager fordern daher – und das kann man in der Tat als eine direktdemokratische Verlagerung der Souveränität von oben nach unten bezeichnen – wieder eine Stärkung der Eigentümer. Man will die Aktionäre wieder ins Recht setzen. Sie sollen die Kontrolle über Strategie und Entlohnung vermehrt wahrnehmen. Das ist im übrigen auch der richtige Weg. Völlig falsch wäre es, wenn plötzlich der Staat über Aufsichtsräte und Aktionäre hinweg den Unternehmen sagte, welche Geschäfte sie betreiben und welche Einkommen sie bezahlen sollen.

Kurzum: Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat ungesunde, größenwahnsinnige Strukturen scheitern lassen. Wir erleben – zumindest in Ansätzen – eine Rückkehr zu dezentralen Strukturen, zu marktwirtschaftlichen Grundsätzen. Die Macht verlagert sich – hoffentlich – wieder stärker weg von den allmächtigen Angestellten hin zu den Aktionären. Auf jeden Fall ist dies eine Bewegung, die wir unbedingt unterstützen sollten! Direkte Demokratie in der Wirtschaft heißt: Das Eigentum muss geschützt werden. Das ist eine der obersten Staatsaufgaben. Eigentümer ist der Aktionär. Seine Rechte sind zu stärken. Es darf nicht zu einer Enteignung der Eigentümer durch die Angestellten kommen. Der Aktionär muss seine Verantwortung in der Firma wahrnehmen, aber er muss sie auch wahrnehmen können. Diese Bewegung ist im Gang.

## II. Ich komme zur **Politik**.

Ich habe es eben dargelegt: Gravierende Fehler sind gemacht worden in den Unternehmen. Es ist nun aber nicht so, dass die Politiker mit dem Finger auf die Unternehmensführer zeigen sollten. Mich ärgert dieser billige Revanchismus, wenn sich staatlich besoldete Minister als Moralisten aufspielen und vom hohen Ross herab den im Privatsektor tätigen Unternehmern und Angestellten die Leviten lesen. **Tatsache ist doch: Die gleichen Irrlehren, die in der Wirtschaft grassierten, aber jetzt immerhin aufgedeckt und durch den marktwirtschaftlichen Wettbewerb korrigiert werden, sind in den westlichen Staaten seit Jahren an der Tagesordnung.** Es stimmt, dass einzelne Banken mehr Schulden machten, als sie verkraften konnten. Aber wie sieht es denn in den großen

westlichen Industrienationen aus? Die USA eilen von einem Rekorddefizit zum andern. Neuerdings sollen weitere 900 Milliarden Dollar in die Wirtschaft gepumpt werden, ohne dass die früheren Hilfspakete die gewünschte Konjunkturankebelung gebracht hätten. Die Amerikaner stehen vor einem Himalaya von Schulden, und es ist kein Zufall, das vor diesem Hintergrund eine ausgerechnet von Frauen angeführte Bürgerbewegung entstand, die sich im Namen künftiger Generationen und Kinder gegen diese unglaubliche Defizitwirtschaft wehrt.

Europa hat sich erstaunlicherweise klüger durch die Wirtschaftskrise manövriert. Deutschland musste sogar aus Frankreich und Amerika Kritik einstecken für die einigermaßen zurückhaltende und aus meiner Sicht vernünftige Konjunkturpolitik. **Aber unter den Blinden ist schnell einmal der Einäugige König.** In der gesamten Eurozone bewegt sich die Gesamtschuldenlast bei rund sieben Billionen Euro. Das laufende Defizit von 2009 betrug über 565 Milliarden Euro. Die EU 27 bringt es derzeit auf einen Gesamtschuldenstand von 8,7 Billionen Euro bei einem Jahresdefizit (Stand 2009) von 800 Milliarden Euro. Wenn wir so wirtschaften würden, wären wir als Unternehmer längst erledigt! Die Staaten haben viel mehr Geld verbrannt als alle so genannten Abzocker, Manager und Heuschrecken zusammen. Es mag ja sein, dass einige CEO's ihre Firmen an den Rand des Untergangs oder darüber hinaus geführt haben, aber machen wir uns nichts vor: Schlimmer als Manager, die ihre Firmen ruinieren, sind Politiker und Staatschefs, die ganze Länder in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährden. Das entschuldigt nicht das vielfache Versagen in der Wirtschaft, aber wir sollten durch die aufgepeitschten Zeitungsschlagzeilen die richtigen Proportionen nicht aus dem Blick verlieren. Sogar das an sich starke Deutschland hat – ohne Rentenverpflichtungen – eine Gesamtschuld von gegen zwei Billionen Euro aufgetürmt. Mit Verlaub: Die Politiker sind nicht besser als die Banker, denen sie sich so unendlich überlegen fühlen. Auch in der Politik hat die Sucht nach mehr Staat, mehr Staatsausgaben und mehr Schulden zu unhaltbaren Zuständen geführt. Der Unterschied liegt darin, dass in der Wirtschaft die Missstände schneller korrigiert werden.

Lassen Sie mich noch einen Moment bei der Schuldenkrise bleiben und auf den Fall Griechenland zu sprechen kommen. Die Euro-Krise ist für mich ein ganz markantes Beispiel dafür, dass übergroße, ja größenwahnsinnige Strukturen nicht funktionieren können. In schwierigen Zeiten kommt die Wahrheit ans Licht. Der Fall Griechenland wurde in den deutschen Zeitungen meines Erachtens ganz falsch interpretiert. Man geißelte die Spekulanten. Man schob vor allem den Griechen die Schuld zu, ihrer leichfertigen Schuldenpolitik. Das ist richtig, aber eine zu oberflächliche Sicht. **Das eigentliche Problem ist nicht Griechenland, sondern das eigentliche Problem ist der Euro selbst.** Es stimmt schon, dass die Griechen leichtsin-

nig über ihre Verhältnisse lebten. Warum aber konnten sie sich denn überhaupt so mühelos und billig auf den Finanzmärkten refinanzieren? Ganz einfach: Weil sie von der Stabilität des Euro und den niedrigen Zinsen profitieren konnten, die nicht sie selbst, sondern Länder wie Deutschland letztlich garantierten. Hätten die Griechen eine eigene Währung gehabt, hätten sie bei ihrer Larifari-Wirtschaft immer höhere Zinsen zahlen, die Währung abwerten und schließlich ihre Finanzbedürfnisse nach unten korrigieren müssen. Nur dank dem Euro konnten sie sich so lange so günstig mit Geld versorgen. Der Euro wurde somit zur eigentlichen Ursache und zum Brandbeschleuniger der griechischen Schuldenkrise.

Es mag sein, dass man diese Erkenntnis noch ausblendet, aber es ist immerhin vielen Europäern deutlich geworden, dass eine Einheitswährung, die über so unterschiedliche Volkswirtschaften wie Deutschland, Italien, Holland oder Portugal gepfropft wird, möglicherweise zu groß ist und gefährlichere Risiken birgt, als man zunächst glaubte. Ob man daraus jetzt die richtigen Schlüsse zieht, bezweifle ich. Man versucht, das Großkonstrukt zu retten, koste es, was es wolle; aber langfristig wird sich die Einsicht durchsetzen, dass man keine Währung über so unterschiedliche Volkswirtschaften legen kann, ohne große Wohlstandsverluste in Kauf zu nehmen. Man wird über kurz oder lang auch hier zu einem flexibleren, dezentraleren und kleinräumigeren System zurückkehren müssen. „*Small is beautiful*“, – wir haben es auch bei den Banken gesehen.

Es ist eigentlich ein Wunder, dass wir in Europa, dass wir in Deutschland noch keine Tea Party haben. Es ist eine Tatsache, dass in Europa weite Teile der Bevölkerungen der Meinung sind, dass ihre Staaten die Probleme nicht mehr im Griff haben, dass sie Schulden auf türmen und Probleme – statt sie zu lösen – mit Geld zudecken. Die Unzufriedenheit fängt bei den Finanzen an, aber sie setzt sich fort in andere Bereiche. Zuwanderung, Multikulturalismus, Missbrauch von Sozialleistungen sind nur die bekanntesten Stichworte aus jüngster Zeit. Viele Leute haben das Gefühl, ihre Repräsentanten hätten sich zu einer „*classe politique*“ mit eigenen Interessen abgekapselt, zu einer zusehends weltfremden Elite, die an ihren Sorgen und Problemen vorbeipolitisiert. Dass es sich hier nicht um vage Eindrücke, sondern um konkrete Entwicklungen handelt, zeigt der Erfolg zahlreicher Protestparteien und -bewegungen, die in vielen Ländern gegen die expliziten Warnungen und Empfehlungen aller anderen Parteien und Medien an den Wahlurnen zulegen.

Erstmals bewusst wurde mir das Ausmaß dieser Entfremdung vor fünf Jahren, als ich in Berlin tätig war. Es ging damals um die Ratifizierung des mit großem Pomp lancierten EU-Verfassungsvertrags. Die nationalen Parlamente winkten das Dokument mit zum Teil nordkoreanischen Zustimmungsraten in der Höhe von

über 90 Prozent durch. Dennoch wurde der Vertrag gestoppt, als zur Überraschung und Verärgerung aller EU-Bürokraten, professionellen Meinungsmacher und Politiker die Franzosen und die Niederländer in zwei Volksabstimmungen „nein“ sagten. Die EU handelte sofort, nahm die wesentlichen Bestimmungen aus dem Verfassungsvertrag und integrierte sie umgehend in die bereits bestehenden EU-Verträge, um ihre Anliegen durchzusetzen, ohne die Bürger noch einmal befragen zu müssen. Das – pardon – etwas windige Manöver wäre um ein Haar gescheitert, als die Iren im Sommer 2008 trotzdem abstimmten und auch „nein“ sagten. Nach einigen Zusagen und Drohungen seitens der EU-Kommission brachte man dann die widerspenstigen Inselbewohner ein Jahr später doch noch dazu, dem erweiterten Vertragswerk den Segen zu erteilen. Es zeigte sich allerdings, wie groß die Kluft zwischen unten und oben in der EU ist.

Auch in Deutschland scheinen die Bürger nicht mehr damit zufrieden zu sein, nur noch alle vier Jahre ihre Parlamentarier zu ermächtigen, nach den Wahlen wieder ungehindert das zu tun, was ihnen beliebt. Nach einer Umfrage des Magazins „Focus“ sind 76 Prozent der Deutschen für **mehr Bürgerbeteiligung**, also für **mehr direkte Demokratie** und **mehr Bürgerbefragungen** in der Bundesrepublik. Nur 21 Prozent sind der Meinung, das Parlament solle die gesetzgeberische Gewalt allein für sich beanspruchen. Einzelne Politiker, eher dem linken Spektrum zuzuordnen, treten mit der Forderung nach mehr direkter Demokratie in Zeitungen und Fernsehsendungen auf. Auf der rechten Seite löst die Vorstellung von mehr direkter Demokratie Befürchtungen aus. Das ist interessant, denn in der Schweiz ist es genau umgekehrt: Die Rechte setzt sich stark für den Ausbau der Volksrechte ein, während die Linke die Volksrechte und die direkte Demokratie zusehends einschränken möchte. **Man kann davon ausgehen, dass die linken Freunde der direkten Demokratie in Deutschland ihre Freude daran spätestens dann verlieren werden, wenn sie in den ersten Volksabstimmungen feststellen müssen, dass das Volk anders entscheidet, als es ihnen lieb ist.** Grundsätzlich gilt: Direkte Demokratie macht allen Politikern, egal welcher Couleur, das Regieren schwerer. **Direkte Demokratie ist mühsam – vor allem für die Politiker.**

### III. Ich komme zum Kern meiner Ausführungen.

„Echte Demokratie heißt, dass man nicht auf die Straße gehen muss, um seine politischen Vorstellungen durchzusetzen.“ So hat es der sehr renommierte Schweizer Ökonom und Glücksforscher Bruno S. Frey einmal in einem Interview formuliert. Blickt man derzeit auf Deutschland, muss man den Eindruck gewinnen, dass Frey's Credo einer echten Demokratie noch nicht unbedingt vollständig realisiert wurde. Wenn ich die Zeitungen aufschlage, brandet mir geradezu eine Welle von Bürgeraktionen entgegen, die in Deutschland auf der Straße ausgetragen werden.



In Stuttgart haben Sie eben die giftigen Auseinandersetzungen über einen monumentalen Bahnhofsumbau erleben können. Zehntausende demonstrierten kurz darauf gegen die Atommülltransporte nach Gorleben. In beiden Fällen wurde großes Misstrauen sichtbar von Bürgern gegen die Obrigkeit. In Stuttgart gingen nicht Ökofundamentalisten und professionelle Demonstranten auf die Straße, sondern normale Bürger aus unterschiedlichen Schichten und Milieus. Sie stellen sich besorgt die Frage, ob die Politik entsprechende Projekte wirklich managen kann. Unter uns: Bei der großen Bahnhofsunterkellerung in Stuttgart kann ich gewisse Zweifel sogar nachvollziehen, nachdem in Köln im Gefolge von Umbauarbeiten bei den örtlichen Verkehrsbetrieben das historische Stadtarchiv plötzlich von einem Erdloch verschluckt wurde.

Interessanterweise schienen die Politiker richtiggehend überrascht von der Renitenz der Stuttgarter Bürger. Es erging ihnen wohl ähnlich wie vor einigen Monaten der Regierung und allen Parteien in Hamburg, die sich einträchtig für eine Schulreform eingesetzt hatten und sich ihres Sieges sicher waren. Doch in der Volksabstimmung waren die Bürger mehrheitlich dagegen. Die Zeitschrift „Stern“ kommentierte daraufhin säuerlich, die Hamburger Stimmberechtigten seien populistischen Impulsen erlegen und hätten die Genialität der obrigkeitlichen Schulreform einfach nicht richtig verstanden. Aus dem Resultat nun die Forderung abzuleiten, Deutschland brauche mehr direkte Demokratie, sei nicht nur „grober Unsinn“, sondern auch „gefährlich“.

Ist das so? Ist die direkte Demokratie eine Einfallsschneise für Ideologen und Populisten? Ich muss Ihnen sagen: Ich sehe das ganz anders. Der „Stern“ und andere Kritiker verkennen meines Erachtens das Wesen der Demokratie, wenn sie solche Schlüsse ziehen. Ich hatte dazu ein erhellendes Erlebnis vor fünf Jahren in Berlin. Sie erinnern sich vielleicht an die Inaugurationsrede von Kanzlerin Angela Merkel nach der hauchdünn gewonnenen Bundestagswahl. Sinngemäß sagte die Kanzlerin damals, die Demokratie sei für sie die „Staatsform des Vertrauens.“ Kurz darauf trafen wir uns zufällig bei einem privaten Abendessen, und ich sprach die Kanzlerin darauf an. Ich sagte ihr, für einen Schweizer seien das völlig inakzeptable Worte; man könne die Demokratie doch nicht als Staatsform des Vertrauens bezeichnen. Im Gegenteil, in Demokratien können die Regierenden Vertrauen und Respekt niemals voraussetzen, sie müssen es sich immer wieder aufs Neue verdienen und erarbeiten. Skepsis und Zweifel gegenüber den Mächtigen, sagte ich, sei für einen Schweizer höchste Bürgerpflicht.

**Die Demokratie ist eben gerade nicht die Staatsform des Vertrauens, sondern die Demokratie ist die Staatsform des institutionalisierten Misstrauens des Bürgers gegenüber dem Staat.** Frau Merkel schien sehr überrascht über diese Ansicht und

wandte sich anderen Gesprächspartnern zu. Seit der Sarrazin-Debatte und dem Streit um Stuttgart 21 wird sie sich vielleicht etwas intensiver mit dem Thema befassen ...

Die Schweiz kennt die direkte Demokratie seit Hunderten von Jahren, seit dem 19. Jahrhundert gibt es die verfassungsrechtlich gültige Form. Wir sind damit sehr gut gefahren. Die Schweizer sind überaus kritisch gegenüber ihren Politikern. Wir sind so kritisch, dass wir ihnen fast noch mehr misstrauen, wenn wir sie einmal gewählt haben. Jeder gewählte Politiker weiß: Ich kann jederzeit durch ein Referendum oder eine Volksinitiative zwar nicht abgewählt, aber doch an mein Mandat, meinen Auftrag und an meine Wahlversprechen erinnert werden.

Was ist die Folge von direkter Demokratie in der Schweiz? Mich interessieren als Unternehmer vor allem die wirtschaftspolitischen Facetten. Wir haben dort, wo die direkte Demokratie am direktesten wirkt, in den Gemeinden, die gesündesten Finanzen. Das ist kein Wunder. Die Politiker geben das Geld nicht mehr so leichtfertig aus, wenn sie wissen, dass sie von einem Volksbegehren daran gehindert werden könne. Die Schweizer stimmen über alle wesentlichen öffentlichen Projekte ab. **In der Schweiz legen die Stimmbürger fest, wie viel Geld ihnen der Staat in Form von Steuern wegnehmen darf. In Deutschland ist es umgekehrt: Da entscheidet der Staat, wie viel Geld er den Bürgern am Ende von ihrem Einkommen übrig lässt.** Wir stimmen über Bahnhofserweiterungen ab und über die Endlagerung von atomarem Abfall. Den Abstimmungen voraus gehen langwierige Informations-, Diskussions- und Auflösungsverfahren, wie Sie sie jetzt in Stuttgart unter der Leitung von Heiner Geißler erleben. Der Vorteil liegt auf der Hand: Die Prozesse dauern länger, aber sie werden auf soliderer Grundlage gebaut. Und dadurch, dass sehr viele Leute in die Vorbereitung involviert sind, wird auch die Gefahr von Fehlentscheiden verringert. Natürlich können auch große Menschengruppen irren, aber das Risiko nimmt zu, je kleiner der Kreis der Entscheider ist.

Aus unternehmerischer Sicht kann man sagen: **Direkte Demokratie ist gut für die Wirtschaft.** Die Bürger hindern den Staat daran, sich in alle Lebensbereiche einzumischen. Sie wehren sich gegen übertriebene Steuern und Abgaben. Sie haben in der Regel ein vernünftiges Gespür für abgehobene politische Fantasien, Ideologien und weltfremde Reformen. Die Ablehnung des von allen Parteien, von allen Politikern und allen Zeitungen hochgejubelten Hamburger Schulprojekts fällt für mich in diese Kategorie. Hier hat sich einfach die bodenständige Alltagsvernunft gegen elitäre Projektbetrachtungen durchgesetzt. Direkte Demokratie ist schließlich auch ein gutes Bollwerk gegen eine allzu sprunghafte Politik. Sie schafft Stabilität und damit längerfristig genau jenes Vertrauen, von dem Frau Merkel sprach. **Stabilität und Ver-**

### **trauen wiederum sind gute Voraussetzungen für Investitionen und unternehmerisches Handeln.**

Es ist kein Zufall, dass in Deutschland **der Ruf nach mehr direkter Demokratie ausgerechnet jetzt** aufkommt. Die Bürger blicken sorgenvoll auf einen Haushalt, der aus dem Ruder läuft. Sie misstrauen den Garantien der Politik, der Staat könne auch in Zukunft ihre Lebenslasten vorsorglich tragen. Wenn der Staat die Ausgaben nicht mehr im Griff hat, wächst das Bedürfnis, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen oder zumindest stärker zu beeinflussen. Ähnliche Motive lagen der bereits angesprochenen Debatte über die Thesen des ehemaligen Bundesbankers Thilo Sarrazin zugrunde. Hier diskutierten die Deutschen erstmals öffentlich und kontrovers über ein großes Tabuthema: Nämlich über die Frage, wie man sich gegenüber ausländischen Mitbürgern verhalten soll, die sich nicht in den Arbeitsprozess integrieren und sich nicht an der Wertschöpfung beteiligen, sondern im Gegenteil den Sozialstaat beanspruchen und sich der Integration verweigern. Erstmals überhaupt habe ich in Deutschland eine derart offene Diskussion darüber erlebt, welche Zuwanderung für das Land gut ist und welche nicht. Dass sich die politischen Eliten anfänglich mit Händen und Füßen gegen Sarrazin und die von ihm geäußerten Thesen wehrten, ja den Autor geradezu zur „*persona non grata*“ erklären wollten, ist für mich ein Beleg für meine Eingangsdiaagnose: Wir haben natürlich auch in Deutschland eine große Kluft zwischen der politischen Klasse und den Bürgern, deren Sorgen und Probleme die Politiker eigentlich aufnehmen und lösen sollten.

**Ich bin überzeugt: Eine Einführung direktdemokratischer Instrumente in den politischen Prozess würde diese Entfremdung verringern.** Die Politiker hätten immer noch mehr Macht, aber sie könnten sie nicht mehr so leichtfertig für ihre eigenen Interessen nutzen. Wie der Unternehmer, der durch den Markt gezwungen wird, sich täglich an den Bedürfnissen seiner Kunden zu orientieren und seine Kunden als mündig und entscheidungsfähig zu respektieren, so wird der Politiker durch die direkte Demokratie gezwungen, sich an den Bedürfnissen und Prioritäten der Bürger zu orientieren und diese auch als mündig und reif zu betrachten. **Die Schweiz** liefert seit Jahrhunderten ein Beispiel dafür, dass direkte Demokratie und ein stabiler, maßvoll schlanker Staat mit vernünftigen Steuern und Abgaben Hand in Hand gehen. Sie müssen als Repräsentanten der Wirtschaft oder als Unternehmer **keine Angst vor mehr direkter Demokratie** in der Politik haben.

Natürlich: **Das Volk hat nicht immer Recht. Volkes Stimme ist nicht Gottes Stimme!** Gewiss sind Bürger wie alle Menschen auch verführbar. Aber wie steht es denn um die Verführbarkeit der Mächtigen? Auch Parlamente und Regierungen können irren. Mehr noch: Ihre Irrtümer sind schlimmer und teurer,

weil ihre Macht größer ist. Die europäische Geschichte ist auch eine Chronik verheerender Fehlentscheidungen, die von ganz wenigen Leuten – von abgehobenen Eliten und mächtigen Herrschern – einsam getroffen wurden. Auch Deutschland hat diese historische Erfahrung hinter sich und schmerzlich erfahren müssen, was passiert, wenn die Regierungsmacht in die Hände von ganz wenigen gelegt wird. Die direkte Demokratie vergrößert nicht, sondern sie verringert das Klumpenrisiko solcher Fehlentscheide, weil sie mehr Menschen an wichtigen politischen Entscheidungsprozessen beteiligt, was die Widerstände erhöht und die Auseinandersetzung vertieft. Und wir wissen aus dem Geschäftsleben: Gute Entscheidungen kommen nur dann zustande, wenn ihnen intensive, sehr kontroverse Diskussionen vorausgegangen sind. Das ist in der Demokratie nicht anders.

Übrigens: Was ich hier über Politiker gesagt habe, trifft in besonderem Maße auch auf Journalisten und Intellektuelle zu. Gerade diejenigen, die sich besonders erhaben fühlen über so genannte niedrige Instinkte und das „gewöhnliche Volk“ mit einer Mischung aus Herablassung und Bevormundung behandeln, standen oft an vorderster Front, wenn politische Ideologien und Irrlehren verbreitet wurden. Sie sehen also: Ich habe ein durchaus kritisches Bild des Berufsstandes, dem ich selbst angehöre.

**IV. Deshalb:** Es gibt keine Versicherung gegen Irrtümer und Fehler, aber die direkte Demokratie hat den unschätzbaren Vorteil, dass sie die staatliche Monopolmacht begrenzt und täglich neu herausfordert. Indem der Kreis der Bürger, die sich an politischen Entscheidungen beteiligen, größer wird, werden die Debatten anspruchsvoller, intensiver und je nach Thema auch gegensätzlicher. Das senkt die Gefahr, dass sich Extremismen und Dummheiten durchsetzen können. **Vor allem die Politiker wehren sich am stärksten gegen mehr direkte Demokratie.** Das ist verständlich: Für sie wird das Leben mühsamer und anstrengender. Sie können nicht mehr schalten und walten, **sondern sie müssen sich** – was für uns Unternehmer selbstverständlich ist – immer wieder vor den Bürgern bewähren und beweisen. In der Wirtschaft ist der Kunde König, in der direkten Demokratie ist der Bürger König. Und das ist gut so!

Ich schließe mit einem Satz des auch in Deutschland bekannten und erfolgreichen Schweizer Showmasters Kurt Felix. Er hat den Sachverhalt auf eine einprägsame Formel gebracht: „Deutschland hat glückliche Politiker und ein unglückliches Volk. Bei der Schweiz ist es umgekehrt. Sie hat unglückliche Politiker, aber ein glückliches Volk.“

Ich bin der Meinung, **Deutschland kann es wagen**, seine Politiker etwas unglücklicher zu machen. **Seine Bürger und seine Unternehmer werden dankbar sein!**













# DR. HEIMEIER & PARTNER

MANAGEMENT- UND PERSONALBERATUNG BDU/MEMBER OF IMD

## „Personalberatung mit Problemlösung“.

**Suche und Auswahl von Führungskräften**

**Beratende Mitwirkung bei der Besetzung von Beiräten und Aufsichtsgremien**

**Personalmanagement-Beratung/Management-Audit**

**Personalwerbung/Mediaberatung**

Wir sind das deutsche Mitglied von **IMD**-International Search Group  
mit über 150 Personalberatern an weltweit über 40 Standorten  
und jeweiligem Hauptsitz in

Amsterdam	Kopenhagen	Mexico City	São Paulo
Brüssel	London	Mumbai	Singapur
Budapest	Madrid	New York	Stuttgart
Helsinki	Mailand	Oslo	Toronto
Hongkong	Malmö	Paris	Warschau
Istanbul	Melbourne	Prag	Zürich

**Dr. Heimeier & Partner**

**Management- und Personalberatung BDU**

D-70567 **Stuttgart** · Albstadtweg 4 · Telefon (07 11) 7 80 76-0 · Telefax (07 11) 7 80 76-78

D-60323 **Frankfurt** · Feldbergstraße 21 · Telefon (0 69) 97 20 88-0 · Telefax (0 69) 97 20 88-70

D-40470 **Düsseldorf** · Mörsenbroicher Weg 200 · Telefon (02 11) 5 59 22-0 · Telefax (02 11) 5 59 22-55

**homepage:** [www.heimeier.de](http://www.heimeier.de) **e-Mail:** [mail@heimeier.de](mailto:mail@heimeier.de)